



Amt der Bgld. Landesregierung, Europaplatz 1, 7000 Eisenstadt

**Frau
Präsidentin des Burgenländischen
Landtags**

Eisenstadt, am 13.08.2020
Sachb.: Gabriele Altenburger
Tel.: +43 57 600-2449
Fax: +43 2682 61884
E-Mail: post.re-vd@bgld.gv.at

Zahl: RE/VD.A134-10332-5-2020

Betreff: Entschließung des Burgenländischen Landtages vom 4. Juni 2020 betreffend Maßnahmen für eine gerechte Besteuerung von multinationalen Konzernen, Zl. 22-68; Antwortschreiben des Bundeskanzleramtes sowie des Bundesministeriums für Finanzen

Bezug: Zl. 22-68

Die Burgenländische Landesregierung hat am 24. Juni 2020 beschlossen, in Entsprechung der Entschließung des Burgenländischen Landtages vom 4. Juni 2020 Maßnahmen für eine gerechte Besteuerung von multinationalen Konzernen, Zl. 22-68, an Herrn Bundeskanzler, Frau Bundesministerin für EU und Verfassung sowie Herrn Bundesminister für Finanzen mit entsprechenden Schreiben heranzutreten.

Dazu sind nunmehr Antwortschreiben des Bundeskanzleramtes und des Bundesministeriums für Finanzen eingelangt, die in Ablichtung zur Kenntnis gebracht werden dürfen.

Mit freundlichen Grüßen!

Für die Landesregierung:
Im Auftrag der Abteilungsvorständin:
Mag. Dr. Elisabeth Neuhold



Dieses Dokument wurde amtssigniert.
Siegelprüfung und Verifikation unter
www.burgenland.at/amtssignatur

Amt der Burgenländischen Landesregierung • A-7000 Eisenstadt • Europaplatz 1
Telefon +43 57 600-0 • Fax +43 2682 61884 • E-Mail anbringen@bgld.gv.at
www.burgenland.at • Datenschutz <https://www.burgenland.at/datenschutz>

Herrn Landeshauptmann
Mag. Hans Peter Doskozil
Europaplatz 1
7000 Eisenstadt
hans-peter.doskozil@bglld.gv.at

BKA - I/16 (Ministerratsdienst)
Mag. Elisabeth Binder
Sachbearbeiterin

elisabeth.binder@bka.gv.at
+43 1 53 115-202322
Ballhausplatz 2, 1010 Wien

Geschäftszahl: 2020-0.426.940

Ihr Zeichen: ZI. 22-68

Wien, am 29. Juli 2020

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann!

Ihr Schreiben vom Juni d.J., mit dem Sie eine EntschlieÙung vom 4. Juni 2020 betreffend „MaÙnahmen für eine gerechte Besteuerung von multinationalen Konzernen“ vorlegen, wurde dem Ministerrat in seiner Sitzung am 29. Juli 2020 zur Kenntnis gebracht.

Daraufhin wurde diese

- dem Bundesministerium für Finanzen und
- der zuständigen Stelle im Bundeskanzleramt

zur weiteren Veranlassung übermittelt.

Mit freundlichen GrüÙen

Mag. Binder e.h.

Elektronisch gefertigt

